# Stadt Schlitz, Stadtteil Fraurombach Bebauungsplan "Gewerbegebiet Fraurombach -1. Erweiterung Teilfläche Nord" - 3. Änderung Zeichenerklärung <u>Planzeichen</u> Im Langen Feld Maß der baulichen Nutzung Bebauungsplan werbegebiet Fraurombach"- Teilfläche Nord, 2. Änderung und Erweiterung Bauweise, Baulinien, Baugrenzen Flur 3 Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen; Anlagen, Einrichtungen und sonstige Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken Bebauungsplan Industrie- und Gewerbegebiet "Langes Feld" – – – zugunsten von PLEdoc/Telekom

Datengrundlage: Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS)

der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation.

# Rechtsgrundlagen

Industriegebiet

Grundflächenzahl

Geschossflächenzahl

Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

Oberkante Gebäude, Bezugspunkt: OKEGRFB

maximal zulässige Schalleistung Tag/Nacht

\_\_\_ überbaubare Grundstücksfläche

Straßenbegrenzungslinie

Parkfläche für LKWs (Privat)

Löschwasserzisterne

nicht überbaubare Grundstücksfläche

Straßenverkehrsflächen (öffentlich)

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung; hier:

Höhe baulicher Anlagen als Höchstmaß in m über Bezugspunkt, hier:

**GFZ** 

Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394),

Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBI. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03.07.2023 (BGBI. 2023 I Nr. 176),

Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) i.d.F. der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBI. I 1991 S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBI. I S. 1802), Hessische Gemeindeordnung (HGO) i.d.F. vom 07.03.2005 (GVBI. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16.02.2023 (GVBI. S. 90, 93),

Hessisches Wassergesetz (HWG) vom 14.12.2010 (GVBI. I S. 548), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Bei Konkurrenz von GRZ und überbaubarer Grundstücksfläche gilt die engere Festsetzung. Gesetzes vom 28.06.2023 (GVBI, S. 473, 475),

Hessische Bauordnung (HBO) vom 28.05.2018 (GVBI. I S. 198), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.07.2024 (GVBI. 2024 Nr.32)

### Textliche Festsetzungen (BauGB/ BauNVO)

(5) GE 0,8 2,4 V 18,0 m

Nr. Baugebiet GRZ GFZ

## Aufhebung der bisherigen Festsetzungen (§1 Abs. 8 BauGB)

Katasteramtliche Darstellun

Für den räumlichen Geltungsbereich gilt: Mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Frau-Flurgrenze rombach" - Teilfläche Nord 3. Änderung werden für seinen Geltungsbereich die Festsetzungen der Be-Flurnummer bauungspläne Industrie- und Gewerbegebiet "Langes Feld" von 1996, "Gewerbegebiet Fraurombach – 1. Erweiterung" Teilfläche Nord von 2006 und "Gewerbegebiet Fraurombach" Teilfläche Nord – 2. Änderung und Erweiterung von 2021 werden durch die Festsetzungen der vorliegenden 3. Änderung ersetzt. vorhandene Grundstücks- und Wegeparzellen mit Grenzsteinen Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

## Gewerbegebiete i.S.d. § 8 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 6 BauNVO:

Für die Gewerbegebiete mit der Ifd. Nr. 4 und 5 wird bestimmt, dass Wohnungen für Aufsichts- und Be-Art der baulichen Nutzung reitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter ausnahmsweise zulässig sind.

> Für das Gewerbegebiet mit der Ifd. Nr. 4 wird bestimmt, dass kirchliche und kulturelle Gebäude und Einrichtungen ausnahmsweise zulässig sind. Industriegebiete i.S.d. § 9 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 6 BauNVO:

> > Für die Industriegebiete mit der Ifd. Nr. 1 bis 3 gilt: Die nach § 9 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 9 BauNVO:

In den Industrie- und Gewerbegebieten sind Einzelhandelsbetriebe, sowie Verkaufsstellen von Gewerbebetrieben, die sich ganz oder teilweise an Endverbraucher wenden, nicht zugelassen. Ausnahmsweise

zulässig sind nur solche Einzelhandelsbetriebe, die in unmittelbarem räumlichem und betrieblichem Zusammenhang mit produzierenden Gewerbebetrieben stehen und nicht mehr als insgesamt 200 m² Verkaufs- und Ausstellungsfläche haben. Flächen für Stellplätze, Garagen und Nebenanlagen (§ 9 Abs.1 Nr.1 und 4 BauGB i.V.m. § 12 Abs.

Untergeordnete Nebenanlagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig; ausgenommen sind Technische Versorgungseinrichtungen (wie z.B. Trafostation), Stellplätze und ihre Zufahrten sowie Regenwasserzisternen, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird.

Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 20 BauGB)

Innerhalb der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sind bauliche Anlagen unzulässig. Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Bo-

Entwicklungsziel: Sukzessionsfläche und Grünfläche Zweckbestimmung Grünstreifen.

den, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Nr.20 BauGB)

Maßnahmen: Die Sukzessionsfläche ist der freien Sukzession zu überlassen. Im Bereich des Versor-

Grünland extensiv zu pflegen (2x Mahd im Jahr). Eine Düngung der Flächen ist nicht zulässig. Rad- und Gehwege, Stellplätze, Zufahrten, Hof- und Lagerflächen sind in wasserdurchlässiger Bauweise zu befestigen. Ausnahmsweise kann im Industrie- und Gewerbegebiet im begründeten Einzelfall (Betriebssicherheit, Belastungsfähigkeit) hiervon abgesehen werden.

gungstrasse (Gashochdruckleitung) ist der Grünstreifen von Gehölzen und Bäumen freizuhalten, das

Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB) Je 4 PKW-Stellplätze ist mind. 1 großkroniger Laubbaum mit einem Mindestumfang von 16-18 cm zu pflanzen und zu unterhalten. Sofern die Bäume nicht in einem Pflanzstreifen angepflanzt werden, ist je-

1.6.2 Im Bereich der Erschließungsstraße (gilt nur für die Fraurombacher Straße) gilt es pro 100m 4 Laubbäume zweiter Ordnung zu pflanzen. Mindestens 10% des Straßenraumes sind als Grünfläche anzule-

Dächer ohne statischen Mehraufwand dauerhaft extensiv begrünt werden (gilt auch für Garagen oder

Werbeanlagen an Gebäuden dürfen die jeweilige Traufhöhe nicht überschreiten, Ausnahme: Im Bereich

Mauersockel sind nur entlang der straßenseitigen Grundstücksgrenzen zulässig, die max. Höhe beträgt

Seitliche und rückwärtige Einfriedigungen sind vorzugsweise aus einheimischen, standortgerechten

Mind. 30% der Grundstücksfreiflächen sind mit standortgerechten Laubgehölzen zu bepflanzen. Es gel-

ten 1 Baum 25 m², ein Strauch 1 m² (siehe Artenliste). Die bestehenden Sträucher und Bäume können

Niederschlagswasser von den Dachflächen ist als Brauchwasser (einschl. Feuerlöschwasser) zu verwenden, sofern wasserwirtschaftliche und gesundheitliche Belange nicht entgegenstehen und vorbehaltlich der Eignung unter Qualtitätsgesichtspunkten bzw. soweit keine Dachbegrünung vorgesehen wird.

Nicht verwertbares unverschmutztes Niederschlagswasser und Drainagewasser ist in geeigneten Fällen

den umliegenden Regenrückhaltebecken zu zuführen oder zu versickern, soweit wasserwirtschaftliche

Laubsträuchern und Kletterpflanzen oder aus Holz herzustellen. Drahtzäune sind nur i.V.m. einheimi-

Dacheindeckungen haben in roten, grauen oder dunklen Farbtönen zu erfolgen, extensive Dachbegrü- 4.7.2

#### Bauordnungsrechtliche Gestaltungsvorschriften (Satzung gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HBO)

weils eine mind. 5 m² große offene Baumscheibe vorzusehen.

Dachgestaltung (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 Nr. 1 HBO)

nung und Solaranlagen sind jedoch ausdrücklich zulässig.

Werbeanlagen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 Nr. 1 HBO)

10 cm über dem Niveau der angrenzenden Verkehrsfläche(n).

schen Laubsträuchern und Kletterpflanzen zulässig.

bei Erhalt zur Anrechnung gebracht werden.

Wasserrechtliche Festsetzungen

oder gesundheitliche Belange nicht entgegenstehen.

Wegweiser sind keine Werbeanlagen und werden von der Vorschrift nicht erfasst.

Gestaltung der Einfriedungen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 Nr. 3 HBO)

Grundstücksfreiflächen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 Nr. 5 HBO)

(Satzung gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 37 Abs. 4 Satz 2 und 3 HWG)

Dacheindeckung

Nebenanlagen i.S.d. § 14 BauNVO).

Zulässig sind Dachneigungen von 2° bis 38°. Im Industrie- und Gewerbegebiet sind geringere Dachneigungen oder Flachdächer zulässig, wenn die

Öffentliche Grünflächen; Zweckbestimmung:

Grünstreifen im Bereich der Versorgungstrasse

#### Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung

von Boden, Natur und Landschaft Entwicklungsziel: Sukzessionsfläche

Sonstige Planzeichen — — — Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Flächen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Sonstige Darstellungen

Abgrenzung unterschiedlicher Art und unterschiedlichen Maßes der baulichen Nutzung

Bemaßung (verbindlich)

Räumlicher Geltungsbereich der angrenzenden Bebauungspläne — – Baubeschränkungszone

Nachrichtliche Übernahmen Ferngastrasse mit Schutzstreifen je 5 m (unterirdisch, nicht eingemessen)

Telekommunikationstrasse mit Schutzstreifen je 1,5 m (unterirdisch, nicht eingemessen)

Hinweise und nachrichtliche Übernahmen gemäß § 9 Abs. 6 BauGB

## Artenliste 1 (Bäume):

Acer campestre - Feldahorn Acer platanoides - Spitzahorn Malus domestica - Apfel Prunus avium - Kulturkirsche Acer pseudoplatanus - Bergahorr Prunus cerasus - Sauerkirsche Carpinus betulus - Hainbuche Prunus div. spec. - Kirsche, Pflaume Fraxinus excelsior - Esche Prunus avium - Vogelkirsche Pyrus communis - Birne Pyrus pyraster - Wildbirne Prunus padus - Traubenkirsche Quercus petraea - Traubeneiche Quercus robur - Stieleiche Sorbus aria/intermedia - Mehlbeere

Sorbus aucuparia – Eberesche Tilia cordata – Winterlinde Tilia platyphyllos – Sommerlinde

#### Artenliste 2 (Sträucher):

Amelanchier ovalis - Gemeine Felsenbirne Malus sylvestris - Wildapfel Buxus sempervirens - Buchsbaum Rhamnus cathartica – Kreuzdorn Ribes div. spec. – Beerensträucher Cornus sanguinea – Roter Hartriegel Corylus avellana – Hasel Rosa canina – Hundsrose Salix caprea - Salweide Euonimus europaea – Pfaffenhütchen Salix purpurea – Purpurweide Frangula alnus – Faulbaum Sambucus nigra – Schwarzer Holunder Genista tinctoria – Färberginster Viburnum lantana – Wolliger Schneeball Ligustrum vulgare – Liguster Viburnum opulus - Gemeiner Schneeball Lonicera xylosteum – Heckenkirsche

#### Artenliste 3 (Ziersträucher und Kleinbäume):

Lonicera caerulea - Heckenkirsche

Lonicera caprifolium - Gartengeißblatt Amelanchier div. spec. - Felsenbirne Lonicera nigra – Heckenkirsche Calluna vulgaris - Heidekraut Chaenomeles div. spec. - Zierquitte Lonicera periclymenum – Waldgeißblatt Cornus florida - Blumenhartriegel Magnolia div. spec. - Magnolie Cornus mas - Kornelkirsche Malus div. spec. – Zierapfel Philadelphus div. spec. - Falscher Jasmin Deutzia div. spec. – Deutzie Forsythia x intermedia - Forsythie Rosa div. spec. - Rosen Hamamelis mollis - Zaubernuss Spiraea div. spec. - Spiere Hydrangea macrophylla - Hortensie Weigela div. spec. - Weigelia

## Artenliste 4 (Kletterpflanzen):

Aristolochia macrophylla - Pfeifenwinde Lonicera spec. – Heckenkirsche Parthenocissus tricusp. - Wilder Wein Clematis vitalba – Wald-Rebe Polygonum aubertii – Knöterich Hedera helix – Efeu Hydrangea petiolaris – Kletter-Hortensie Wisteria sinensis – Blauregen

Auf die Grenzabstände für Pflanzungen gemäß §§ 38-40 Hessisches Nachbarrechtsgesetz wird hinge-

## Stellplatzsatzung

Die Stellplätze betreffenden Festsetzungen werden subsidiär durch die Vorschriften der Stellplatzsatzung der Stadt Schlitz in der zum Zeitpunkt der Bauantragstellung geltenden Fassung ergänzt.

#### Denkmalschutz

Werden bei Erdarbeiten Bau- oder Bodendenkmäler wie Mauern, Steinsetzungen, Bodenverfärbungen und Fundgegenstände, z.B. Scherben, Steingeräte, Skelettreste entdeckt, so ist dies dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen (hessenArchäologie) oder der Unteren Denkmalschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen. Der Fund und die Fundstelle sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige im unveränderten Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung des Fundes zu schützen (§ 21 HDSchG).

## Ferngasleitung

breiten Schutzstreifen gewährleistet werden muss. Die Errichtung von Gebäuden innerhalb des Schutzstreifenbereiches ist nicht zulässig. Die geänderte Bauausführung der Erschließungsstraße und die Einhaltung der dazu im Schutzstreifen-

Im Plangebiet verläuft eine Ferngasleitung der PLEdoc GmbH, deren Zugänglichkeit durch einen 10 m

bereich der Ferngasleitung erforderlichen Auflagen und Hinweise sind einerseits mit PLEdoc und dem örtlich zuständigen Leitungsbetrieb der E.ON Ruhrgas AG sowie andererseits mit dem Ingenieurbüro Ohlsen, der Giebel-Bau GmbH und der Stadt Schlitz abzustimmen (weitere Regelungen siehe Begründung zum Bebauungsplan).

## Trinkwasserschutzgebiet

Der Planbereich liegt z. T. in der Zone III des Trinkwasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlage "TB Eichberg" (WSG-ID 535-098), Staatsanzeiger Hessen 41/01, Seite 3582. Die für das Schutzgebiet geltenden Verbote der Schutzgebietsverordnung sind zu beachten.

#### Verwertung von Niederschlagswasser Niederschlagswasser soll ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne

Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen (§ 55 Abs. 2 Satz 1 WHG). Abwasser, insbesondere Niederschlagswasser, soll von der Person, bei der es anfällt, verwertet werden,

wenn wasserwirtschaftliche und gesundheitliche Belange nicht entgegenstehen (§ 37 Abs.4 HWG).

Von einer Rodung von Bäumen und Gehölzen ist während der Brutzeit (Beginn der Brutzeit vom 1. März bis zum Ende der Brutzeit am 30. September) gemäß § 39 BNatSchG abzusehen. Sofern Rodungen in diesem Zeitraum notwendig werden, sind die betroffenen Bereiche zeitnah vor Beginn der Maßnahme auf aktuelle Brutvorkommen zu kontrollieren (Beachtung der Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG).

Abriss- und Sanierungsarbeiten, die zu einer Schädigung gebäudebrütender Vögel oder Fledermäuse führen können, sind möglichst im Zeitraum 1. November bis zum 28. Februar vorzunehmen. Andernfalls sind die betroffenen Bereiche zeitnah vor Beginn der Maßnahme auf aktuelle Brutvorkommen bzw. Fle-

dermausquartiere zu kontrollieren (Beachtung der Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG).

Die Beachtung der Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG gilt auch bei der nachfolgenden konkreten Planumsetzung. Der Vorhabenträger bzw. Bauherr muss dem Erfordernis des Ar-tenschutzes Rechnung tragen (Prüfung der Artenschutzbelange bei allen genehmigungs-pflichtigen Planungs- und Zulassungsverfahren, gilt auch für Vorhaben nach §§ 62 ff. HBO).

4.7.4 Bei großflächigen transparenten Glasflächen, der Verwendung von stark reflektierenden Glastypen oder transparenten Brüstungen ist eine Gefährdung für Vögel (z.B. Vogelschlag) zu vermeiden. Geeignete Maßnahmen (z.B. Verwendung von Strukturglas oder Vogelschutzfolie) sind nach dem jeweiligen Stand der Wissenschaft zu treffen.

Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen nachtaktiver Insekten sind für die Außenbeleuchtung ausschließlich Leuchten (geschlossene Gehäuse) mit starker Bodenausrichtung und geringer Seitenstrahlung zulässig. Zudem sind ausschließlich Leuchtmittel (z. B. LED-Technik) mit einem Licht-Farbspektrum bis maximal 3.000 Kelvin (warmes Weißlicht) oder gelbes Licht (ca. 1.800 Kelvin) zulässig.

BURGENSTADT

SCHLITZ

Verfahrensvermerke im Verfahren nach § 13a BauGB:

verordnetenversammlung gefasst am

bekanntgemacht am

kanntgemacht am

bis einschließlich

verordnetenversammlung am

Ausfertigungsvermerk:

Schlitz, den <u>07.07.2025</u>

Rechtskraftvermerk:

Schlitz, den <u>01.08</u>. <u>2025</u>

Kraft getreten am:

Der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB wurde durch die Stadt-

Der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB wurde ortsüblich

Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB wurde ortsüblich be-

Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB erfolgte in der Zeit vom

Der Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB sowie § 5 HGO i.V.m.

Die Bekanntmachungen erfolgten im Schlitzer Bote

§ 9 Abs. 4 BauGB und § 91 HBO und § 37 Abs. 4 HWG erfolgte durch die Stadt-

Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieses Bebauungsplanes mit den hierzu ergangenen

Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung übereinstimmt und dass die für die

Der Bebauungsplan ist durch ortsübliche Bekanntmachung gem. § 10 Abs. 3 BauGB in

Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften eingehalten worden sind.

09.09.2024

12.10.2024

11.04.2025

22.04.2025

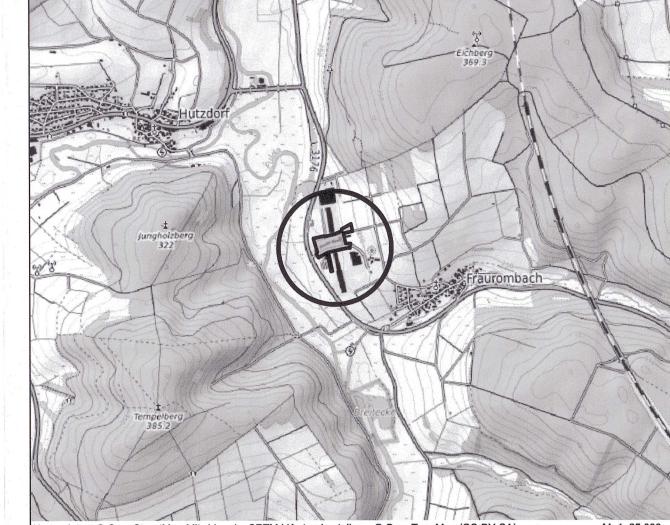
26.05.2025

30 06 2025

29.07.2025

## Stadt Schlitz, Stadtteil Fraurombach Bebauungsplan "Gewerbegebiet

Fraurombach - 1. Erweiterung Teilfläche Nord" - 3. Änderung



PLANUNGSBÜRO FISCHER Raumplanung   Stadtplanung   Umweltplanung Im Nordpark 1 - 35435 Wettenberg   t. +49 641 98441-22   info@fischer-plan.de   www.fischer-plan.de		
	Stand:	15.04.2025 04.06.2025
Satzung	Projektleitung: CAD: Maßstab:	Wolf M.Damm, Beil 1 : 1.000

Projektnummer: